Scharfe innermuslimische Kritik an Rufen nach Islam-Reform

26. Februar 2018

Keine Lösung im Streit um liberale Moschee in Freiburg in Sicht Von Volker Hasenauer (KNA)

Freiburg (KNA) Der muslimische Religionswissenschaftler Abdel-Hakim Ourghi hat seine Forderungen nach einer grundlegenden Öffnung und Reform des Islam in Deutschland und Europa verteidigt. „Der Islam befindet sich in einer Sinnkrise. Nur wenn es uns gelingt, zu einer zeitgemäßen, der Vernunft verpflichteten Auslegung unserer Religion zu gelangen, werden unsere Kinder in Zukunft in Frieden zusammen leben können“, sagte Ourghi am Donnerstagabend in der Katholischen Akademie Freiburg.

Wer als Muslim in Deutschland lebt, sei zuerst dem Grundgesetz verpflichtet – und erst danach seiner Religion. Den konservativen Islamverbänden in Deutschland warf Ourghi vor, vom Ausland gesteuert zu sein, Kinder im Koranunterricht zu indoktrinieren und das Zusammenleben zu gefährden. Dagegen forderte der Publizist und Mediziner Mimoun Azizi eine Kooperation auch mit den konservativen muslimischen Gruppen.

„Wir brauchen die Verbände, um die breite Mehrheit der Muslime zu erreichen.“ Er warf Ourghi und weiteren Fürsprechern eines liberalen Islam vor, die muslimische Gemeinschaft in Deutschland weiter zu spalten. Statt die wirklichen Probleme von Integration und gesellschaftlicher Teilhabe von fünf Millionen Muslimen in Deutschland anzugehen, verliere sich Ourghi in unrealistischen Träumereien, so Azizi.

Auch die von Ourghi und der Frauenrechtlerin Seyran Ates 2017 begründete liberale Moschee in Berlin habe bislang „nichts zum Guten bewegt“ und sei zum Scheitern verurteilt. „Statt Moscheen zu gründen, müssen wir die wirklich drängenden Fragen anpacken, gegen islamische Parallelgesellschaften und gegen Islamisten vorgehen. Vor allem aber müssen wir die schweigende Mehrheit der fünf Millionen Muslime auf ihrem Weg in die deutsche Mehrheitsgesellschaft begleiten“, sagte Azizi. Er forderte, beispielsweise medizinische, seelsorgliche und psychologische Angebote für Muslime flächendeckend aufzubauen. Dafür brauche es keinen muslimischen Sozialverband oder neue islamische Beratungsstellen, so der Mediziner. Vielmehr müssten sich die bestehenden Angebote „von Caritas und anderen“ viel stärker für Muslime öffnen.

Seit Jahren lägen die Probleme auf dem Tisch, die Politik habe sie aber nicht angepackt. „Stattdessen überlassen Grüne und SPD das Feld der AfD“, sagte Azizi in der voll besetzten Aula der Akademie. Azizi war zunächst am Aufbau der Berliner Ibn-Rushd-Goethe-Moschee beteiligt. Er überwarf sich dann aber mit dem Unterstützerkreis und ist seitdem scharfer Gegner des Projekts. Der Freiburger Integrationsbürgermeister Ulrich von Kirchbach (SPD) wandte sich gegen Azizis Vorwürfe. „Wir haben in Freiburg keine islamischen Parallelgesellschaften“, so von Kirchbach.

Vielmehr habe die Stadt in den vergangenen Jahren viel erreicht, indem sie in Integration und Bildung investierte. Im Blick auf die von Ourghi geplante liberale Moschee in Freiburg forderte von Kirchbach, diese dürfe nicht polarisieren und spalten. „Wir müssen eine Eskalation verhindern, auch sprachlich. Denn Sprache kann eine Waffe sein“, mahnte der Bürgermeister.

Ourghi äußerte sich wenig konkret, ob und wann es im Südwesten zu einer Moscheegründung nach dem Berliner Beispiel kommen wird. „Hinter mir stehen 400 Befürworter, die meisten von ihnen sind Musliminnen, aber ich habe große Sorge um meine Sicherheit“, so der Islamwissenschaftler. Er erhalte Morddrohungen und werde als Feind des Islam angefeindet. „Ich weiß nicht, ob ich in dieser Situation als Mitbegründer einer liberalen Moschee auftreten kann.“

Auch aus dem Publikum wurde Ourghi scharf kritisiert. Eine Studentin der islamischen Religionspä- dagogik warf Ourghi vor, Muslime bewusst vor den Kopf zu stoßen. Der Vertreter eines Freiburger Islamzentrums sagte, Ourghi betone nur einseitig Probleme, ohne positive Entwicklungen innerhalb der muslimischen Gemeinschaft wahrzunehmen. Lösungen, wie die unversöhnlich aufeinander prallenden Positionen zu versöhnen sein könnten, zeichneten sich bei der teils hitzig geführten Debatte auch nach zwei Stunden aber nicht ab.

(KNA – skmmm-89-00129)

Stand: 13. November 2026